



INTEGRATIONSKONZEPT

der Stadt Trier

Stand Dezember 2011

INHALTSVERZEICHNIS

1	Einleitung	3
2	Grundsätze der Trierer Integrationspolitik	4
3	Handlungsfelder der Trierer Integrationspolitik	5
3.1	Handlungsfeld Bildung und Sprache	5
3.1.1	Frühkindliche Bildung und Familienförderung	5-6
3.1.2	Schule	7-9
3.1.3	Übergang Schule Beruf	10-11
3.1.4	Information und Schnittstellen	12
3.2	Handlungsfeld Ausbildung, Arbeit und Weiterbildung	13-16
3.3	Handlungsfeld Wohnen und Leben im Stadtteil	16-18
3.4	Handlungsfeld Gesundheit und Pflege	19-21
3.5	Handlungsfeld Verwaltung	21-23
4	Oganisations- und Steuerungsprozess	24-25
	Allgemeine Anmerkungen	26
	ExWoSt-Projekt	27
	Abkürzungsverzeichnis	29
	Statistiken	30-34

1 EINLEITUNG

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

als Oberbürgermeister freue ich mich, Ihnen das Integrationskonzept der Stadt Trier zur Verbesserung der Lebenssituation von Menschen mit Migrationshintergrund präsentieren zu dürfen.

Deutschland ist schon seit längerem ein Einwanderungsland, auch wenn in den letzten Jahren mehr Menschen die Bundesrepublik verlassen als zuwandern. In Trier als internationaler Stadt im Herzen Europas leben etwa 10.000 Menschen ausländischer Nationalität. Weitere 8.000 Bürgerinnen und Bürger sind Deutsche mit Migrationshintergrund. Diese Internationalität zeigt sich auch an unseren Bildungseinrichtungen und insbesondere an den Hochschulen. An der Universität Trier und der Fachhochschule beispielsweise studieren über 1500 junge Frauen und Männer aus 95 Ländern.

Integration wird in Trier ganz selbstverständlich durch seine Bürgerinnen und Bürger täglich gelebt. Der gewählte Beirat für Migration und Integration, die Wohlfahrtsverbände, das Multikulturelle Zentrum, Ausländervereine und viele andere haben in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten großartige Beiträge zur Integration geleistet. Dennoch bleibt viel zu tun. Benachteiligung, Diskriminierung, schlechtere Zukunftschancen und Isolation sind nach wie vor ein Problem.

Etwa 100 Personen aus der Bürgerschaft Triers, Mitglieder des Stadtrates, des Beirates für Migration und Integration (früher Ausländerbeirat), des Arbeitskreises „Trierer Integrationskonzept (AK TIK)“, aus Institutionen und Verwaltung haben in Arbeitsgruppen unter Begleitung eines Lenkungsausschusses Ziele kommunaler Integrationspolitik formuliert, Defizite analysiert und zahlreiche Maßnahmen und Projekte vorgeschlagen und konzeptionell zusammengeführt. Das vorliegende Konzept soll als Grundlage für neue Aktivitäten in der Stadt mit und für Migranten dienen.

Es soll positive Entwicklungen aufgreifen, Neues anregen und künftig fortgeschrieben werden. Schon die zielgerichtete und intensive Befassung mit bestimmten Themen durch gesellschaftliche Gruppierungen und der Verwaltung war ein wichtiger Beitrag zur Integration. Erste Maßnahmen wurden bereits umgesetzt, weitere werden folgen.

Integration ist keine Einbahnstraße. Integration ist eine gesellschaftliche Aufgabe aller Einwohner. Das Integrationskonzept spricht alle an, nicht nur Migranten. Beide Seiten, einheimische Bevölkerung und zugewanderte Mitbürgerinnen und Mitbürger, sollen sich aufeinander zu bewegen und Verständnis für kulturelle und religiöse Einstellungen des jeweiligen Gegenüber aufbringen. Toleranz und das gemeinsame Bekenntnis zu den Grundwerten unserer Verfassung sind dabei die verbindenden Elemente.

Allen, die sich - in welcher Form auch immer - in den Prozess der Konzepterstellung eingebracht haben, möchte ich von Herzen danken. Ich hoffe und wünsche uns allen sehr, dass wir mit der Umsetzung der vorgelegten Vorschläge und denen, die daraus noch erwachsen, die Bildungs- und Berufschancen insbesondere der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund erhöhen und das friedliche Zusammenleben in guter Nachbarschaft in unserer Stadt weiter fördern.

Hass, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus haben in Trier keinen Platz. Dort, wo sie aufflackern, setzen wir Trierer und Triererinnen unseren entschiedenen Widerstand und unser Leitbild einer toleranten Gesellschaft entgegen.

Ihr
Klaus Jensen

2 GRUNDSÄTZE DER TRIERER INTEGRATIONSPOLITIK

Kulturelle und religiöse Vielfalt ist gelebte Realität in unserer Stadtgesellschaft. Zuwanderung aus allen Teilen der Welt prägt unsere Stadt, nicht zuletzt aufgrund der zentralen Lage im Dreiländereck mit Frankreich und Luxemburg. In Trier leben knapp 10.000 Menschen ausländischer Nationalität. Etwa 17% der Bevölkerung haben einen Migrationshintergrund. Die Gestaltung der Vielfalt der Trierer Einwohnerinnen und Einwohner und die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund ist daher ein wesentliches Element für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt.

„Trier: Mit Vielfalt in die Zukunft“ war der Titel der Veranstaltung, mit der im Jahr 2008 der Startschuss für die Entwicklung des kommunalen Integrationskonzepts gegeben wurde. Die Stadt Trier versteht Integration als die Schaffung von Bedingungen gleichberechtigter Teilhabe, die in der Verantwortung der gesamten Stadtgesellschaft liegt. Nur wenn alle Menschen in Trier am gesamtgesellschaftlichen Leben teilhaben können, alle einen gleichberechtigten Zugang zu Ressourcen und Angeboten haben und individuelle Potenziale wertgeschätzt werden, kann die städtische Gemeinschaft Zukunftsaufgaben bewältigen.

Die Grundsätze der Trierer Integrationspolitik sind Ausdruck dieses Selbstverständnisses und bilden einen verbindlichen Orientierungsrahmen für die Ausrichtung des integrationspolitischen Handelns der Stadt.

1. Die Menschenrechte und die Werte der im Grundgesetz verankerten freiheitlich demokratischen Grundordnung bilden den Rahmen und die Basis für die Integrationspolitik der Stadt Trier.
2. Gelungene Integration bedeutet die gleichberechtigte Teilhabe der Trierer Einwohnerinnen und Einwohner in allen gesellschaftlichen Bereichen.
3. Wir setzen uns für strukturelle Veränderungen ein, die zur Beseitigung von sozialer Ausgrenzung und Benachteiligung beitragen.
4. Wir wollen die Potenziale von Migrantinnen und Migranten fördern und sie sichtbar und nutzbar machen.
5. Die Stadt Trier engagiert sich für die Überwindung fremdenfeindlicher und rassistischer Vorurteile und Ideologien.
6. Die Trierer Integrationspolitik baut auf eine aktive Stadtgesellschaft, in der jeder und jede Einzelne – ob mit oder ohne Migrationshintergrund – Verantwortung übernimmt und sich an der Gestaltung eines konstruktiven Zusammenlebens beteiligt. Die Stadt unterstützt daher zivilgesellschaftliches Engagement und fördert den Dialog zwischen allen Beteiligten.
7. Integration ist ein dauerhafter Prozess, in dem sich viele Akteure aus unterschiedlichen Gesellschaftsbereichen abstimmen und vernetzen müssen.
8. Die Stadt Trier macht es sich zur Aufgabe, auch die im Stadtgebiet lebenden Menschen ohne dauerhaften Aufenthalt die gesellschaftliche Teilhabe im Rahmen des geltenden Rechts zu ermöglichen.

3 HANDLUNGSFELDER DER TRIERER INTEGRATIONSPOLITIK

Zur Gestaltung der Trierer Integrationspolitik werden fünf Handlungsfelder festgelegt.

1. Bildung und Sprache
2. Ausbildung, Arbeit und Weiterbildung
3. Wohnen und Leben im Stadtteil
4. Gesundheit und Pflege
5. Verwaltung

Für diese Handlungsfelder werden Ziele und Maßnahmen vorgeschlagen, die im Rahmen von Arbeitsgruppen von Akteurinnen und Akteuren mit fachlicher Expertise in den je-

weiligen Bereichen erarbeitet wurden.

Die einzelnen Ziele werden konkretisiert, indem Methoden oder Maßnahmen formuliert werden. Soweit sie bereits von den Akteuren in Trier umgesetzt werden, bauen die neuen Projekte darauf auf. Vor Beginn einer Maßnahme ist eine Bedarfsanalyse sowie die Abstimmung mit anderen geplanten bzw. bereits realisierten Vorhaben vorzunehmen.

3.1 Handlungsfeld Bildung und Sprache

Wegen der Komplexität des Handlungsfeldes „Bildung und Sprache“ hat die Projektgruppe eine Betrachtung nach altersabhängigen Bildungsstationen vorgenommen. Behandelt werden die Bereiche frühkindliche Bildung, Schule und Übergang Schule-Beruf. Das Thema „Sprache“ wird hierbei als Querschnittsthema betrachtet.

Als besonders wichtig erachtet die Projektgruppe die Schnittstellenfrage an den Übergängen im Bildungssystem und hat daher zu diesem Bereich eigene Ziele formuliert.

3.1.1 Frühkindliche Bildung und Familienförderung

Ausgangssituation

In Trier haben 26,5 % der Kinder in den Kindertagesstätten (KiTa) einen Migrationshintergrund in dem Sinne, dass mindestens ein Elternteil aus dem Ausland stammt. Nach Beobachtungen der in der Projektgruppe vertretenen Einrichtungen steigt der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund, je jünger die Kinder sind. Vorherrschendes Herkunftsgebiet sind die Nachfolgestaaten der Sowjetunion und Osteuropa. In Rheinland-Pfalz besuchen 76% der 3 – 5 jährigen Kinder aus Einwandererfamilien eine Kinderta-

gesstätte, bei den Einheimischen sind es 95%. Aus diesem durchschnittlich geringeren und späteren Besuch der Kindertagesstätten ergeben sich Folgen für die Entwicklung der deutschen Sprachkenntnisse.

Die Frage der Förderung der Kinder hängt eng mit den Möglichkeiten der Familienbildung und Sprachförderung für zugewanderte Familien und besonders der Mütter zusammen. Verschiedene Institutionen bieten hier seit langem einzelne Maßnahmen an, z.B. Frauensprachkurse mit Kinderbetreuung. Diese Kurse bereiten auf die Integrationskurse vor, durch die die Frauen das Sprachniveau B1 des europäischen Referenzrahmens erreichen sollten, welches sie für die Niederlassungserlaubnis oder die Einbürgerung nachweisen müssen.

Grundsätze und Leitziele

Die Kindertagesstätten und Familienbildungsstätten in Trier sind Orte des interkulturellen Lebens und bieten den zugewanderten Kindern und ihren Eltern Möglichkeiten sprachlicher und gesellschaftlicher Teilhabe. Sie unterstützen Kinder mit Migrationshintergrund gezielt, besonders auch bei der Schulvorbereitung.

Ziele und Strategien

<i>Ziele</i>	<i>Strategien und Maßnahmen</i>
<p>1. Auch die Beteiligung von Eltern mit Migrationshintergrund an der Elternarbeit der Kindertagesstätten wird gefördert.</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➔ Mehrsprachige Elternbriefe und Elternarbeit verstärken den Austausch zwischen KiTa und Familie. ➔ Durch den Einsatz von Erzieherinnen und Erziehern sowie Förderlehrkräften mit interkultureller Kompetenz wird eine Brücke zu Kindern und Eltern hergestellt. ➔ Für den Arbeitsbereich der Familienbildungsstätte ist es wichtig, Familien schon sehr früh zu erreichen. Wenn aus Paaren Eltern werden, sollten die Hilfen einsetzen. ➔ Informations- und Beratungsangebote erhöhen die Erziehungskompetenz der Eltern: Infomappen für Zuwanderer in diversen Sprachen, Kinderbetreuung bei Informations- bzw. Förderangeboten für Eltern, Veranstaltungen zu Themen wie Erziehungskompetenz, Alltagskompetenzen, Familiensprache und Informationen über das Schulsystem. (Anmerkung 3, S. 26)
<p>2. In den Einrichtungen werden die interkulturellen Qualifikationen gesteigert.</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➔ Weiterbildung und interkulturelle Qualifikation für Erzieherinnen, Erzieher und Einrichtungsleitungen, für Sprachförderkräfte und interkulturelle Fachkräfte führt zur weiteren interkulturellen Öffnung der Einrichtungen. ➔ Ein verbesserter Betreuungsschlüssel (reduzierte Gruppenmessen) in Einrichtungen mit hohen Integrationsanforderungen wird angestrebt. ➔ Die Konzepte der Einrichtung sollten so gestaltet sein, dass Integration gut gelebt wird. Dies bedeutet auch, dass ein interkultureller Austausch stattfindet.
<p>3. In den Kindertagesstätten findet flächendeckende Sprachförderung statt.</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➔ Die Stadt fördert die Möglichkeiten (Räume, Kooperation mit Kindertagesstätten, Kinderkrippen etc.), die die Rahmenbedingung für die Einrichtung eines Frauensprachkurses mit Kinderbetreuung durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge verbessern. (Anmerkung 1, S. 26) ➔ Es wird geprüft, ob die Frauen- und Familien(sprach)kurse, die über das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge finanziert werden, auch in Trier angeboten werden können.
<p>4. Kindertagesstätten kooperieren bei Angeboten zur niedrigschwelligen sprachlichen Förderung der Mütter (Mama lernt Deutsch)</p>	
<p>5. Der Sprachstand der Kinder wird regelmäßig erhoben.</p>	

3.1.2 Schule

Ausgangssituation

Vergleicht man die Verteilung der erreichten Schulabschlüsse mit den Daten des Landes Rheinland-Pfalz, wird die Sonderstellung Triers deutlich. Die von Migrantinnen und Migranten in Trier erreichten Schulabschlüsse sind deutlich höher als im Landesdurchschnitt. In absoluten Zahlen wird aber deutlich, dass mehr Jugendliche mit Migrationshintergrund die Trierer Realschulen und Gymnasien als die Hauptschulen besuchen.

Auch wenn hier Trier über dem Landesdurchschnitt liegt, zeigt sich dennoch eine Bildungsbenachteiligung von Migrantenkindern. Als Problem ist zudem zu nennen, verlässliche schulische Förderangebote für Seiteneinsteiger bereit zu halten. (Anmerkung 4, S. 26)

Durch das Schulentwicklungskonzept für Trier ergibt sich die Chance, Strukturen zu schaffen, die die nach den Verwaltungsvorschriften des Landes möglichen Förderangebote leichter umsetzbar machen. Dazu gehört z.B. die Einrichtung von Eingliederungslehrgängen oder Sprachvorkursen. (Anmerkung 4 und 8, S. 26)

Bei den im Schulentwicklungskonzept genannten Zielkandidaten (Schülerinnen und Schüler, Eltern, Lehrkräfte und Lehrangebote) sollte die Tatsache, dass an allen Schulformen die Anzahl der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund ansteigen wird, ausdrücklich berücksichtigt werden. Dazu gehören nicht nur die Planungen entsprechender Förderangebote für die Schülerinnen und Schüler, sondern auch Überle-

gungen zur Kommunikation mit den zugewanderten Eltern und die Fragen interkultureller Öffnung und Qualifizierung.

Ansatzpunkte dazu sind:

- Gestaltung des Förderunterrichts,
- Schulsozialarbeit,
- Zusammenarbeit mit Eltern verschiedener kultureller Hintergründe,
- Zusammenarbeit mit externen Beratungsstellen und Anbietern von Integrationsmaßnahmen,
- Kooperation mit dem Fachbereich Deutsch als Zweitsprache an der Universität Trier (Fortbildung und Praktika),
- Berücksichtigung und Förderung der Muttersprachen,
- Modellprojekt „Integration“ im Rahmen des Trierer Schulentwicklungskonzepts. (Anmerkung 8, S. 26)

Grundsätze und Leitziele

Die Schulen in Trier fördern die sprachliche, schulische und soziale Integration junger Migrantinnen und Migranten.

Die Benachteiligung von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund im Bildungssystem soll verhindert werden.

Ziele und Strategien

Ziele	Strategien und Maßnahmen
1. Der Unterricht in "Deutsch als Fremdsprache" findet in verbindlichen Strukturen und in Abstimmung der Anbieter untereinander statt.	Die Stadt Trier setzt sich ein, dass durch Koordination einzelner Schulen und Schulformen Förderschwerpunkte gebildet werden, die kontinuierlichen Förderunterricht in ausreichendem Umfang ermöglichen.
2. Deutsch als Zweitsprache wird methodisch-didaktisches Prinzip in allen Unterrichtsfächern.	<ul style="list-style-type: none"> ➔ Die Stadt Trier setzt sich auf der Landesebene ein, dass durch gezielte Fortbildungen Lehrkräfte aller Fächer für die Besonderheiten multikultureller und multilingualer Klassen sensibilisiert und mit Konzepten und Ansätzen der Berücksichtigung von Deutsch als Zweitsprache im Sachunterricht bekannt gemacht werden.
3. Muttersprachlicher Unterricht ist ein wichtiger Faktor der Bildung der Kinder und Jugendlichen. (Anmerkung 2, S. 26)	<ul style="list-style-type: none"> ➔ Angebote für eine zweisprachige Erziehung, von denen nicht nur Kinder mit Migrationshintergrund profitieren, sondern auch deutsche Kinder (Schritt hin zur Mehrsprachigkeit als Schlüsselqualifikation, zweisprachige Alphabetisierung + zweisprachige Erziehung). ➔ Grundlegende Kurse für Kinder aus anderen Kulturkreisen, z.B. Alphabetisierungskurse erleichtern den schulischen Einstieg. ➔ Außerschulische Sprachförderung ➔ Patenschaftsmodelle ➔ Vorbereitungskurse zur Überleitung von Seiteneinsteigern an weiterführende Schulen.
4. Die Anforderung und sich daraus ergebende Strategien durch Migration und Integration werden im Trierer Schulentwicklungs-konzept berücksichtigt.	<ul style="list-style-type: none"> ➔ Die Grundschulen sind über die Fördermöglichkeiten an den weiterführenden Schulen informiert um Empfehlungen aus-sprechen zu können.
5. Der Übergang in weiterführende Schulen und in das Gymnasium soll bei Migrantenkindern mit guten Leistungen gefördert werden.	<ul style="list-style-type: none"> ➔ Interkulturelle Trainings und Fortbildungen in „Deutsch als Zweitsprache“ stärken die Handlungskompetenzen der Schulen. ➔ Kinder und Jugendliche setzen sich in den Schulen mit dem Thema Integration auseinander. Die „best practices“ werden zusammengetragen.
6. In der Förderung zugewanderter Kinder und Jugendlicher müssen auch kulturell bedingt andere Denk- und Lernstrukturen beachtet werden.	<ul style="list-style-type: none"> ➔ Informationen über schulische und externe Förderangebote sind über eine Internet-plattform abrufbar. Evtl. können bestehen-de Angebote erweitert werden. Diese In-

	<p>formationen werden auch im Bürgeramt weitergegeben.</p> <p>→ Die Sprachförderung für während des Schuljahres einreisende Kinder und Jugendliche sollte in einer Förderklasse intensiviert werden, um dann den Wechsel in den Klassenverband zielgerecht zu gestalten (Einschätzung des Lernpotentials und des Förderbedarfs). (Anmerkung 4, S. 26)</p> <p>→ Vorbereitungskurse:</p> <ul style="list-style-type: none">• Die Bemühungen um Vorbereitungskurse für Quereinsteiger ins Bildungssystem werden positiv gesehen.• Die derzeitige Zuwanderung ist dadurch gekennzeichnet, dass Vorbereitungskurse sprachlich und sozial zu heterogen sind, um gute Ergebnisse erzielen zu können.
--	--

3.1.3 Übergang Schule-Beruf

Ausgangssituation

Die vorliegenden regionalen Daten zur Beteiligung an Ausbildungsberufen sind wenig aussagekräftig, da nur ausländische Jugendliche gezählt werden. Unter den jugendlichen Ausländern in Trier sind zudem ein sehr hoher Anteil Studierende, so dass sich große Verzerrungen ergeben. Allerdings lässt sich aus den Daten eine geringe Beteiligung an Ausbildungsberufen ableiten.

Die Beratungsstellen stellen bei vielen Jugendlichen mit Migrationshintergrund Orientierungslosigkeit fest, weil diese nicht immer die für sie möglichen oder notwendigen Hilfen finden. Dies verstärkt die bestehenden Anschluss- und Übergangsprobleme zwischen Schule und Berufsausbildung, zwischen Angeboten in Zuständigkeiten der Länder und denen des Bundes.

Eine besondere Gruppe bilden jugendliche Flüchtlinge, die wegen ihres Aufenthaltsstatus in der Regel keine Möglichkeit haben, an sprachlichen oder beruflichen Fördermaßnahmen teilzunehmen. Erschwerend hinzu kommt, dass viele von ihnen durch Kriegs- oder Fluchterlebnisse traumatisiert sind.

Das Land Rheinland-Pfalz sollte für minderjährige Flüchtlinge (auch unbegleitete!) nicht nur einen besseren Zugang zu Deutschkursen sichern, sondern auch den Besuch von regulären Schulen und Ausbildungsstätten. Die Länge ihres Aufenthalts in Deutschland ist oft nicht absehbar. Daher sollten sie möglichst problemlos Bildungsstätten mit Abschlussmöglichkeiten besuchen, um bei einem langfristigem Aufenthalt oder auch einer Rückkehr in ihr Heimatland keine wertvolle Ausbildungszeit zu verlieren.

Auch nach der Rücknahme der Vorbehalte der UN-Kinderrechtskonvention sollte hier das Kindeswohl an erster Stelle stehen und aufenthaltsrechtliche Regelungen nachrangig berücksichtigt werden.

Grundsätze und Leitziele

Die Ausbildungsquoten von Jugendlichen mit Migrationshintergrund sollen erhöht werden. Junge Migrantinnen und Migranten mit besonderem Förderbedarf werden gezielt bei der beruflichen Integration gefördert.

Ziele und Strategien

Ziele	Strategien und Maßnahmen
<p>1. Um die Jugendlichen besser auf die berufliche Integration vorbereiten zu können sollen die vorhandenen Maßnahmen aufeinander abgestimmt und Übergänge besser ermöglicht werden.</p>	<p>➔ Durch verstärkte Kooperationen sollen ausreichend große Gruppen von Jugendlichen gebildet werden, um die möglichen Maßnahmen der Arbeitsagentur umsetzen zu können.</p>
<p>2. Die Sprachförderung soll über das Niveau B1 des europäischen Referenzrahmens hinaus fortgeführt werden.</p>	<p>➔ Ein differenziertes und dauerhaftes Angebot an Sprachförderkursen, in das auch ein kurzfristiger Einstieg möglich ist, unterstützt die Jugendlichen bei der beruflichen Integration.</p> <p>➔ Eine Migrationsbeauftragte oder ein Migrationsbeauftragter der Stadt soll für verbesserte Zugänge zu den vorhandenen Beratungs- und Förderangeboten für junge Migranten sorgen und mit diesen und den beteiligten Trägern vorhandene Förderlücken erkennen und schließen.</p> <p>➔ Einrichtung eines Jugendsprachkurses in BAMF-Förderung</p> <p>➔ Bildungspaten</p> <p>➔ Jugendmigrationsberatung</p> <p>➔ Migrantinnen und Migranten werden als Lotsen einsetzen (Projektbeispiel InDica¹).</p>
<p>3. Die besonders schwere Situation der Flüchtlinge mit ungesichertem Aufenthaltsstatus soll bei der Planung und Durchführung von Alphabetisierungs- und Sprachkursen berücksichtigt werden. Für die Betreuung dieser Gruppe sollen neue Finanzierungsmöglichkeiten gefunden werden. Die Stadt unterstützt und fördert hier das bisher weitgehend ehrenamtlich geleistete Engagement.</p>	<p>➔ Durch gezielte Information der Eltern soll die Ausbildungsbereitschaft und die Erweiterung des Bildungsspektrums gefördert werden.</p> <p>➔ In die niedrigschwelligen Angebote zur sprachlichen Förderung für junge Erwachsene werden auch Migrantinnen und Migranten als Kursleiter einbezogen.</p> <p>➔ Förderung von Zusatz- und Nachqualifizierungen bei Migrantinnen und Migranten, um mitgebrachte Qualifikationen besser einsetzen zu können.</p>
<p>4. Differenzierte Angebote für Jungen und Mädchen ermöglichen die spezifische Förderung von Frauen und Mädchen.</p>	<p>➔ Förderung von Projekten, die die besondere Situation junger Flüchtlinge aufgreifen.</p>

¹ Hier werden Migrantinnen und Migranten als Lotsen für das Bildungs- und Ausbildungssystem qualifiziert und dazu motiviert, ihre Elternrolle auch in den Institutionen aktiv wahrzunehmen.

3.1.4 Information und Schnittstellen

Grundsätze und Leitziele

Die Trierer Einrichtungen im Bildungs- und Sozialbereich und die städtische Verwaltung sind über die örtlichen Förderangebote informiert und können Anfragen an die zuständigen Stellen weiterleiten.

Die nach Trier zuziehenden Migrantinnen und Migranten erhalten für sie verständliche Informationen über Bildungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen.

Ziele und Strategien

<i>Ziele</i>	<i>Strategien und Maßnahmen</i>
1. Es werden klare Informationen für die Einrichtungen entwickelt.	→ Unter Einhaltung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen erfolgt die Weiterleitung der Migrantinnen und Migranten an die Beratungsstellen.
2. Informationen über vorhandene Konzepte und Ansätze sind in einem Netzwerk verfügbar.	<ul style="list-style-type: none"> → Es stehen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für verschiedene Herkunftssprachen zur Verfügung → Die Stadt sorgt für Vernetzung und Informationsweiterleitung, u.a. durch den Aufbau einer Internetplattform. → Das Integrationskonzept soll im Bildungsbereich anknüpfen an das kommunale Bildungsmanagement im Rahmen des Programms „Lernen vor Ort“.
3. Ein Wegweiser durch den „Bildungsdschungel“ erfolgt durch Personen und Einrichtungen.	<ul style="list-style-type: none"> → Die Integrationsplanung wird für die Migrantinnen und Migranten transparent dokumentiert (Beispiel Berufswahlpass). → Migrantinnen, Migranten werden als Multiplikatorinnen, Multiplikatoren eingesetzt.
4. In den Schulen und Behörden sind Ansprechpartnerinnen, Ansprechpartner bekannt, die den Kontakt zu den Beratungsstellen herstellen	
5. Lehrerinnen, Lehrer mit Migrationshintergrund sind an den Schulen präsent	

3.2 Handlungsfeld Ausbildung, Arbeit und Weiterbildung

Ausgangssituation

Arbeitslos gemeldet waren im Februar 2011 3.576 Personen, davon 11,7% bzw. 419 Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Die Arbeitslosenquote von Ausländern liegt mit 11,9% weit über der Gesamtquote aller Erwerbspersonen von 6,7%.²

Im März 2009 bezogen 7.193 Personen Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II); davon waren 5.115 erwerbsfähige Hilfeempfängerinnen /Hilfempfänger, die grundsätzlich dem Arbeitsmarkt zur Verfügung standen. Bei 828 Personen war keine deutsche Staatsbürgerschaft vorhanden. Personen mit Migrationshintergrund werden von der Statistik nicht erfasst. Von den nicht erwerbsfähigen Hilfebedürftigen, in der Regel Kinder, waren 2.055 Personen im Leistungsbezug, hiervon 198 ohne deutsche Staatsbürgerschaft.

Der Anteil der Personen, die keine deutsche Staatsangehörigkeit haben, liegt bei den erwerbsfähigen Hilfebedürftigen bei 16 % und bei nicht erwerbsfähigen Hilfebedürftigen bei 9,6%. Insgesamt beträgt der Anteil der nicht deutschen Leistungsbezieher 14,23% der Gesamtbezieher.

Die zum Teil geringe Qualifizierung der jungen Menschen mit Migrationshintergrund stellt auch in Trier ein ernst zunehmendes Problem dar. Wegen des großen Bedarfs an Auszubildenden stehen allerdings die Betriebe Bewerber mit Migrationshintergrund positiv gegenüber, sofern sie die erforderlichen Voraussetzungen mitbringen.

Unter den Jugendlichen, die in der Warteschleife stehen, weil sie keinen Ausbildungsplatz bekommen haben, ist der Anteil der Jugendlichen mit Migrationshintergrund relativ hoch.

Bei Jugendlichen, die die Schule aus verschiedenen Gründen nicht besuchen,

sollen Kontaktmöglichkeiten außerhalb von Schulen angeboten werden. Dort sollen sie Informationen zu Ausbildungsmöglichkeiten erhalten können.

Ebenso suchen viele Erwachsene mit Migrationshintergrund nach Möglichkeiten sich weiterzubilden und sich dadurch den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erschließen.

Die Beherrschung der deutschen Sprache ist grundlegend. Deshalb ist es notwendig, dass der Erwerb der deutschen Sprache über das B1-Niveau gefördert und mit der Ausbildung oder Weiterbildung verknüpft wird. Dabei ist auch die Vermittlung von kulturellen Kompetenzen unabdingbar. Es ist offenkundig, dass nationale und kulturelle Unterschiede viele Herausforderungen hinsichtlich der interkulturellen Zusammenarbeit mit sich bringen. Die Meisterung dieser Herausforderungen fördert jedoch den Aufbau von stabilen Beziehungen, die nicht nur auf den Arbeitsbereich beschränkt bleiben müssen.

Bei allen Fördermaßnahmen seitens der Institutionen, der Verwaltung und anderen Organisationen muss die Selbstverantwortung der Einwohnerinnen und Einwohner und Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund ein gleichwertiger Bestandteil der zukünftigen Projekte sein.

Grundsätze und Leitziele

Bildung ist der Schlüssel zu Integration, Arbeit der Motor.

Der Erfolg gesellschaftlicher Integration hängt im entscheidenden Maße von der aktiven Teilhabe am Erwerbsleben ab. Die Möglichkeit, den Lebensunterhalt selbstständig zu bestreiten, eröffnet die Teilhabe auch an anderen gesellschaftlichen Bereichen. Insbesondere bei jungen Menschen gehört der erfolgreiche Einstieg in das Erwerbsleben zu einem der wichtigsten Schritte ihrer Entwicklung und erschließt ihnen Zukunftsperspektiven. Eine gelungene Arbeitsmarktintegration fußt auf einer guten schulischen Bildung des Einzelnen. Ohne einen adäquaten Bildungsabschluss bleibt zumeist der Zugang

² Arbeitsmarktreport Trier: Daten auswählen auf der Karte unter <http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Regionen/Politische-Gebietsstruktur-Nav.html>

zu einer qualifizierten Ausbildung und die Möglichkeit der Eingliederung in die Arbeitswelt außerhalb des Niedriglohnbereichs verwehrt.

Erfolgreiche Integrationsarbeit in der Kommune bedeutet demnach, den gleichberechtigten Zugang zu Bildung, Ausbildung und Arbeit aller Einwohnerinnen und Einwohner sicherzustellen und dazu beizutragen, dass Fähigkeiten und Potenziale eingesetzt wer-

den können. Deshalb sieht es die Stadt Trier als ihre Aufgabe an, Jugendliche und Erwachsene durch Information und Qualifizierung zu unterstützen. Gleichzeitig möchte sie einen Beitrag zum Abbau bestehender institutioneller und gesellschaftlicher Barrieren und Diskriminierungen leisten und dafür werben, die gesellschaftliche Vielfalt auch in der Arbeitswelt als Chance und Bereicherung zu nutzen.

Ziele und Strategien

<i>Ziele</i>	<i>Strategien und Maßnahmen</i>
<p>1. Die Zahl der Arbeit suchenden Einwohnerinnen und Einwohner mit Migrationshintergrund verringert sich.</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➔ Bewerberinnen und Bewerber mit Migrationshintergrund absolvieren betriebliche und überbetriebliche Praktika. ➔ Mittels Förderung durch europäische Programme, Bundes- und Landesmittel werden Modellprojekte zur Arbeitsmarktintegration und zur Koordinierung aller Arbeitsmarktaktivitäten durchgeführt. ➔ Die Stadt verstärkt ihre Zusammenarbeit mit den Akteuren der Arbeitsmarktpolitik und unterstützt die weitere Vernetzung. ➔ Sprachfördermaßnahmen werden mit der Ausbildung oder Weiterbildung verknüpft. ➔ Die Stadt Trier setzt sich dafür ein, dass das Förderinstrumentarium nach den Sozialgesetzbüchern II, III, IX und X noch effizienter für eine aktive Arbeitsmarktförderung genutzt wird. ➔ Es werden Maßnahmen zur frühzeitigen Berufsorientierung durchgeführt. ➔ Bei Maßnahmen zur Existenzgründung wird der Migrationshintergrund besonders berücksichtigt. ➔ Die Unterstützung von Jugendlichen auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz wird intensiviert. ➔ Bei allen Maßnahmen wird besonderer Wert gelegt auf die Förderung der Eigenverantwortung der Qualifizierungsteilnehmer. ➔ Die Vermittlung interkultureller Kompetenz wird Bestandteil von Qualifizierungsmaß-

	nahmen.
2. Ressourcen und Potenziale von Migrantinnen und Migranten werden verstärkt gefördert und genutzt.	<ul style="list-style-type: none"> ➔ Der Zugang von Migrantinnen und Migranten zu Qualifizierungs- und Fortbildungsmaßnahmen wird verbessert, beispielsweise in den Bereichen berufliche Qualifizierung, Sprache und Alphabetisierung. ➔ Die Ausbildungsbereitschaft der Jugendlichen wird verstärkt gefördert.
3. Im Ausland erworbene Qualifikationen und Fähigkeiten werden sichtbar gemacht und die bisher bestehenden Möglichkeiten mit mehr Nachdruck ihrer Verwendung auf dem Arbeitsmarkt verbessert.	<ul style="list-style-type: none"> ➔ Die Fachhochschule Trier und die Universität Trier prüfen die Einrichtung von modularen Hochschulkursen zur Weiterqualifizierung von Akademikerinnen und Akademikern mit Migrationshintergrund. Für die in diesen Kursen erzielten Leistungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden Zertifikate ausgehändigt. Diese Zertifikate können u. a. bei fehlenden Belegen für Studienabschlüsse in den Ursprungsländern Arbeitgebern eine Orientierung für die Einschätzung der Qualifikation von Bewerberinnen und Bewerbern bieten. Sofern den Hochschulen bei der Durchführung dieser Kurse Kosten entstehen, muss die Frage der Übernahme dieser Kosten geklärt werden.
4. Öffentliche und private Organisationen in der Stadt Trier nehmen die Chancen einer interkulturell zusammengesetzten Belegschaft wahr und entwickeln Maßnahmen der interkulturellen Öffnung bzw. des <i>Diversity Managements</i> weiter.	<ul style="list-style-type: none"> ➔ Die Stadt stößt die Gründung von Kooperationsverbänden kleiner und mittelständischer Unternehmen an, die qualifiziertes Personal benötigen und Mehrsprachigkeit in ihrem Betrieb als Bereicherung sehen. ➔ Die Stadtverwaltung nutzt die ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten der Öffentlichkeitsarbeit (Presse, Netzwerke, runde Tische etc.), um regionale Arbeitgeber für die Vorteile einer interkulturellen Belegschaft zu sensibilisieren. ➔ Potenzielle und bereits aktive Ausbildungsbetriebe sowie Arbeitgeber werden für die Ressourcen von Auszubildenden und Mitarbeiterinnen, Mitarbeitern mit Migrationshintergrund sensibilisiert.
5. Der Informationsgrad von Migrantinnen und Migranten bezüglich des Zugangs zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt und der damit verbundenen Unterstützungsstrukturen ist gestiegen.	<ul style="list-style-type: none"> ➔ Die Informationsvermittlung an Eltern mit Migrationshintergrund in der jeweiligen Muttersprache wird gefördert. ➔ Die Dienstleistungsangebote aller Akteure werden zusammengefasst und barrierefrei auf der Internetseite der Lernenden Region zur Verfügung gestellt. Diese Möglichkeit steht allen Institutionen und Akteuren auf der kommunalen Ebene zur Verfügung.

	<ul style="list-style-type: none"> ➔ Der Zugang zu Informationen für Migrantinnen und Migranten wird verbessert und die Transparenz erhöht. ➔ Informationen für Migrantinnen und Migranten liegen im Bürgeramt aus.
--	---

Indikatoren

- Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Projekten zur Elternbildung von Migrantinnen und Migranten
- Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an deutschsprachigen Angeboten zur Integration auf dem Arbeitsmarkt für Einwohnerinnen und Einwohnern mit Migrationshintergrund
- Anteil der Auszubildenden mit Migrationshintergrund in der öffentlichen Verwaltung
- Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund in der öffentlichen Verwaltung
- Anzahl der Aktionen und Projekte mit dem Ziel der Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt
- Anzahl der Existenzgründungen durch Einwohnerinnen und Einwohner mit Migrationshintergrund
- Arbeitslosenquote insgesamt – Anteil mit und ohne Migration
- Arbeitslosenquote bei den unter 27 Jährigen insgesamt – Anteil mit und ohne Migration

3.3 Handlungsfeld Wohnen und Leben im Stadtteil

Grundsätze und Leitziele

Auf Stadtteilebene konkretisiert sich der Alltag und das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft als Bürgerinnen und Bürger der Stadt Trier. Das Zusammenleben von Einheimischen und Zugewanderten wird stark geprägt durch die jeweiligen sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen in den Stadtteilen und in den Nachbarschaften.

Integrationspolitisch sind folgende Leitziele als Orientierung zu nennen:

- Das Zusammenleben von Deutschen und Zuwanderern geschieht in gegenseitigem Respekt, Toleranz und Wertschätzung.
- Der Abbau von Sprachbarrieren ist ein wichtiger Schlüssel, um die Kommunikation im Alltag und im zwischenmenschlichen Zusammenleben zu fördern. Deshalb soll das Erlernen der deutschen Sprache für Zuwanderer gefördert werden.
- Die Möglichkeit der politischen Partizipation von Migrantinnen und Migranten ist Voraussetzung für ein gleichberechtigtes Miteinander und ein gemeinsames bürgerschaftliches Engagement „auf Augenhöhe“.
- Eine Sensibilisierung der einheimischen Bewohnerschaft für die Lebenssituation, Sorgen und Ängste der Migrantinnen und Migranten soll Vorurteile und Missgunst abbauen und Offenheit, Kontakt und Vertrauen fördern.
- Das Vereinsleben ist zu fördern, da es zu einem wichtigen Faktor der Integration gehört. Die große Anzahl von Vereinen in allen Stadtteilen bietet auch Personen mit Migrationshintergrund in allen Altersgruppen gute Möglichkeiten, sich besser in ihren Stadtteil und dadurch in ihre Stadt und das "neue Land", in dem sie

leben, zu integrieren. Im Verein engagiert zu sein ist eine positive Abwechslung zum Schulalltag und Familienkreis. "Man" wird nicht mehr so isoliert sein oder nur auf seinen eigenen Familien- und

Freundeskreis eingeschränkt. Dabei lernen auch die "Einheimischen" ihre Nachbarn besser kennen und verstehen, wodurch die Akzeptanz und das gegenseitige Verständnis erhöht wird.

Ziele und Strategien

Ziele	Strategien und Maßnahmen
1. Zur Unterstützung und Koordinierung aller Maßnahmen und zur Lobbyarbeit ist ein Integrationsbüro bei der Stadtverwaltung Trier eingerichtet.	
2. Die Stadt hat eine Willkommenskultur gegenüber Neuzuwanderern entwickelt.	Neu in die Stadt gezogene Einwohnerinnen und Einwohner erhalten ein „Willkommenspaket“.
3. Familien-Patenschaften können aufgebaut werden.	Eine Familie kann eine Patenschaft für eine Familie mit Migrationshintergrund übernehmen.
4. Die politische Partizipation von Migrantinnen und Migranten wird gefördert.	<ul style="list-style-type: none"> ➔ Die Mitarbeit von Migrantinnen und Migranten in den Ortsbeiräten soll gefördert werden, indem von Seiten der Ortsbeiräte und der politischen Parteien deren Interessen im Stadtteil thematisiert werden. ➔ Im Rahmen der Bürgerbeteiligung der Stadt Trier soll die Einbeziehung von Migrantinnen und Migranten besonders gefördert werden. Dies kann über die Ansprechpartnerin oder Ansprechpartner vor Ort erfolgen. ➔ Der Stadtrat soll sich weiterhin für die Einführung des kommunalen Wahlrechts für Angehörige nicht europäischer Staaten einsetzen.
5. In den Stadtteilen sind die Angebote zur Sprachförderung ausgebaut worden.	➔ Ehrenamtliche können in den Stadtteilen das Angebot der Kitas, Schulen, Sprachschulen etc. niedrigschwellig ergänzen. Auch hier könnte die Ehrenamtsagentur hilfreich unterstützen, z.B. ehemalige Lehrerinnen und Lehrer ansprechen.
6. Migrantinnen und Migranten werden in alle Stadtteilaktivitäten eingebunden.	➔ Die Veranstalter von Festen bemühen sich um eigene kulturelle Beiträge von Migrantinnen und Migranten (Altstadtfest, Moselfest, Weinfest, Stadtteilstefest, Schul-, Pfarrfesten...) und sprechen dazu die Migrantinnen und Migranten sowie die Migrantenvereine und andere Institutionen, die im Sek-

	<p>tor Migration und Integration tätig sind, gezielt an.</p> <ul style="list-style-type: none"> → Vereine/Pfarreien bemühen sich in den Stadtteilen um gemeinsame Aktivitäten, z.B. gemeinsame Kochkurse, ökumenische Friedensgebete. → Durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit (Stadtteilzeitungen, Rathauszeitung, Website der Stadt) schaffen Vereine einen leichteren Zugang für Migrantinnen und Migranten zu Vereinen und ehrenamtlichen Tätigkeiten.
<p>7. Die Wohnsituation von Migrantinnen und Migranten hat sich verbessert.</p>	<ul style="list-style-type: none"> → Das Belegungsmanagement der Trierer Wohnungsgesellschaften soll auf eine gemischte Mieterstruktur achten und ethnische und soziale Aspekte berücksichtigen. → Migrantinnen und Migranten sollen auf ein Beratungsangebot bezüglich der Vermittlung und Finanzierung von Wohneigentum zurückgreifen können. → Es muss garantiert sein, dass die Wohnbedingungen in öffentlich geförderten Wohnungen auch für Migrantinnen und Migranten den Standards entsprechen und kein Missbrauch durch private Hauseigentümer stattfindet. Hier soll für Migrantinnen und Migranten eine Unterstützung und Beratung vorgehalten werden, die bei sprachlichen und rechtlichen Unsicherheiten Unterstützung anbietet.

3.4 Handlungsfeld Gesundheit und Pflege

Ausgangssituation

Hinsichtlich der gesundheitlichen und pflegerischen Situation von Migrantinnen und Migranten liegen keine empirisch gesicherten Daten für die Stadt Trier vor. Eine wissenschaftliche Bestandsaufnahme und Bedarfsanalyse könnte die Datenbasis verbessern und wird von der Projektgruppe empfohlen.

Die Expertinnen und Experten des Handlungsfeldes haben aus ihrer täglichen Erfahrung heraus Sprach- und Kommunikationsschwierigkeiten, geringe Nutzung von Angeboten des Gesundheitssystems und mangelnde gesundheitliche Versorgung bestimmter Gruppen als Hauptproblembereiche identifiziert.

Sprach- und Kommunikationsprobleme zeigen sich etwa daran, dass medizinische Befunde nicht verstanden und bei einem Arztwechsel nicht kommuniziert werden können. Vielfach werden Sprachdefizite durch Familienmitglieder mit besseren Deutschkenntnissen kompensiert. Nicht selten werden Kinder zu Arzt-Patienten-Gesprächen als Dolmetscher herangezogen und damit überfordert. Andererseits sind mitunter auch mangelnde Sprachkenntnisse der Eltern Ursache dafür, dass die Gesundheitsversorgung von Kindern unzulänglich ist.

Die unterdurchschnittliche Nutzung von Angeboten des Gesundheitswesens betrifft beispielsweise Beratung zu Schwangerenkonfliktberatung (Paar-, Einzel-, Sexualberatung), Beratung über ambulante und stationäre Angebote für ältere Menschen, psychisch Kranke und Menschen mit Behinderung und Hilfsangebote speziell für Frauen mit Gewalterfahrung.

Gruppen mit unzulänglicher Gesundheitsversorgung sind beispielsweise Personen ohne festen Wohnsitz, papierlose Personen oder Prostituierte

Grundsätze und Leitziel

Gesundheitsversorgung, Pflege und Zugang zu Angeboten der Gesundheitsförderung sind wichtige Einflussgrößen auf die Lebensqualität aller Bevölkerungsgruppen. Personen mit Migrationshintergrund sollen in Trier die gleichen Möglichkeiten der Krankenbehandlung, Gesundheitsförderung und Pflege haben wie die übrige Bevölkerung. Chancengleichheit und kultursensible medizinische und pflegerische Versorgung soll sichergestellt sein.

Ziele und Strategien

Ziele	Strategien und Maßnahmen
<p>1. Die (sprachliche) Verständigung zwischen Patient/innen und Beschäftigten im Gesundheitswesen wird verbessert.</p>	<p>➔ Die Möglichkeiten der elektronischen Gesundheitskarte zum Informations-transfer medizinisch relevanter Informationen werden verstärkt genutzt. Befunde werden den Patient/innen auf Nachfrage in Kopie ausgehändigt um diesen die Möglichkeit zu geben, sich bei Verständnisschwierigkeiten helfen zu lassen.</p> <p>➔ Eine internetgestützte Datenbank wird eingerichtet, in der sprachkundiges medizinisches Personal, Übersetzer und Dolmetscher der Stadt Trier mit den ent-</p>

	<p>sprechenden Sprachen erfasst sind. Für Übersetzer und Dolmetscher soll eine finanzielle Aufwandsentschädigung ermöglicht werden.</p> <ul style="list-style-type: none"> ➔ Informationen bezüglich frühkindlicher Sprachförderung werden zusammengestellt und Kinderärzten zu Verfügung gestellt, um Eltern über Fördermöglichkeiten zu unterrichten bzw. an entsprechende Stellen zu verweisen. ➔ Broschüren mit Informationen in verschiedenen Sprachen werden durch Ärzte an ihre Patienten verteilt bzw. im Wartezimmer für diese ausgelegt.
<p>2. Zugangsbarrieren zu Gesundheits- und Pflegedienstleistungen werden identifiziert und abgebaut. Falls erforderlich, werden Angebote für Migrantinnen und Migranten ermöglicht.</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➔ Eine wissenschaftliche Bestandsaufnahme der Gesundheitsversorgung von Migrant/innen sowie eine Bedarfsanalyse werden durchgeführt. Soweit möglich wird die Universität Trier einbezogen. ➔ Die vorhandenen Angebote z.B. zur Unterstützung bei Gewalterfahrungen von Frauen werden weiter entwickelt und verbessert. Der Runde Tisch aller relevanten Akteure, der sich dieser Frage widmet, wird unterstützt.
<p>3. Einrichtungen des Gesundheitswesens und der Sozialen Dienste treiben ihre interkulturelle Öffnung voran.</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➔ Klinikpersonal wird für die Bedürfnisse von Patientinnen und Patienten mit Migrationshintergrund sensibilisiert. ➔ Ärztinnen und Ärzten, Pflegepersonal und Rettungsdiensten werden Fortbildungen zum Thema „Psychosoziale Aspekte von Migration“ angeboten. ➔ Spezifische Kenntnisse von Fachkräften mit Migrationshintergrund (Sprache, Kulturwissen, Kontakte in die <i>Migrant communities</i> etc.) werden verstärkt genutzt.
<p>4. Für die medizinische Versorgung von Wohnungslosen, papierlosen Migrantinnen bzw. Migranten und Prostituierten werden neue Möglichkeiten geschaffen und die bestehenden publik gemacht.</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➔ Das Angebot des Krankenhauses der Barmherzigen Brüder Trier, Wohnungslose auch unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus kostenfrei medizinisch zu versorgen, wird bekannter gemacht, z.B. durch einen Infolyer und über Netzwerke. ➔ Da die Betroffenen selten über Krankenakten verfügen, werden ihnen ihre Befunde schriftlich in Kopie ausgehändigt. ➔ Ausländische Prostituierte werden dabei unterstützt, sich aus Abhängigkeiten zu

	lösen, in denen sie sich befinden. Durch mehrsprachige Informationen werden ihnen Vorsorge- und Behandlungsmöglichkeiten sowie Beratungs- und Hilfsangebote bekannt gemacht.
5. Die mehrsprachige Informationsvermittlung über Gesundheitsdienstleistungen, Gesundheitsförderung und soziale Angebote wird intensiviert.	<ul style="list-style-type: none"> ➔ Informationen über das Sozial- und Gesundheitssystem werden mehrsprachig vermittelt breit gestreut und regelmäßig aktualisiert. ➔ Ein internetgestütztes und mobil nutzbares Informationssystem wird erarbeitet und gepflegt ➔ Hilfsangebote bei Gewalt gegen Frauen werden bekannt gemacht. ➔ Informationen über das Gesundheits- und Sozialsystem werden stärker mit dem Spracherwerb verknüpft und in Sprachkursen vermittelt. ➔ Die örtlichen Pflegestützpunkte leisten gezielte Aufklärung über Entlastungsmöglichkeiten für pflegende Angehörige. ➔ Mehrsprachige Informationen über gesundheitsfördernde Lebensweisen, z.B. Ernährung und Bewegung, werden erstellt und/oder publik gemacht.

3.5 Handlungsfeld Verwaltung

Grundsätze und Leitziele

Für die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund spielt die interkulturelle Öffnung des Rathauses eine wichtige Rolle. Das Rathaus der Stadt Trier bekennt sich deshalb dazu, sich interkulturell weiter zu öffnen. Damit leistet es einen aktiven Beitrag zur Förderung der Chancengleichheit und Integration von Migrantinnen und Migranten.

Es ist Aufgabe des Trierer Rathauses, allen Einwohnerinnen und Einwohnern einen gleichberechtigten Zugang zu den städtischen Angeboten zu gewährleisten. Interkulturelle Öffnung hat dabei insbesondere die sozialen und kulturellen Unterschiede der Menschen im Blick. Sie ist geprägt von individueller Kundenorientierung und baut mögliche Zugangsbarrieren ab.

Zur Interkulturellen Öffnung gehört vor allem die Fähigkeit der Beschäftigten, Verschiedenheit wahrzunehmen, anzuerkennen und kompetent mit der Vielfalt der Menschen umzugehen.

Die Umsetzung interkultureller Öffnung betrifft die Aspekte Kundenfreundlichkeit, Bedarfsorientierung, Aus- und Fortbildung des Personals sowie Qualifikation und Beschäftigung von Migrantinnen und Migranten.

Im Einzelnen verfolgt das Rathaus die nachstehenden Ziele:

Ziele und Strategien

Ziele	Strategien und Maßnahmen
1. Interkulturelle Kompetenz ist Bestandteil der Qualifikation der Beschäftigten.	<ul style="list-style-type: none"> ➔ Die Reihe der internen Schulungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter insbesondere der Publikumsämter zu Fragen der Interkulturellen Kompetenz wird fortgesetzt und verstärkt. (Anmerkung 6, S.26)
2. Unter den Auszubildenden und Beschäftigten sind Migrantinnen und Migranten angemessen repräsentiert.	<ul style="list-style-type: none"> ➔ Durch gezielte Ansprache von Menschen mit Migrationshintergrund in den Schulen werden Schülerinnen und Schüler und vor allem die Eltern auf Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten in der Verwaltung hingewiesen. Entsprechende Maßnahmen sollen auch mit anderen staatlichen Stellen und Behörden (Polizei u.a.) durchgeführt werden. (Anmerkung 9, S. 26) ➔ Bei Stellenausschreibungen der Stadt werden Bewerberinnen und Bewerber mit Migrationshintergrund ermuntert, sich zu bewerben. ➔ Das Einstellungsverfahren wird auf die Frage hin überprüft, ob es Potenziale von Bewerberinnen und Bewerbern mit Migrationshintergrund angemessen berücksichtigt.
3. Unter den Beschäftigten werden Fremdsprachenkenntnisse weiter ausgebaut.	<ul style="list-style-type: none"> ➔ Die Verwaltung fördert weiterhin die Fremdsprachenkenntnisse ihrer Beschäftigten durch gezielte Angebote im Rahmen ihres allgemeinen Weiterbildungsprogramms. (Anmerkung 7, S.26)
4. Interkulturelle Orientierung der Verwaltung ist öffentlich sichtbar.	<ul style="list-style-type: none"> ➔ Das Rathaus zeigt sich auch in der Außendarstellung als weltoffene Stadt und ermuntert die Menschen mit Migrationshintergrund zur Teilnahme am gesellschaftlichen Geschehen in der Stadt. ➔ Das Rathaus führt öffentlichkeitswirksame Kampagnen durch bzw. unterstützt diese, z.B. zur Einbürgerung oder zum Abbau von Fremdenfeindlichkeit. ➔ Durch regelmäßige Presse- und Öffentlichkeitsarbeit werden die Triererinnen und Trierer über die Integrationspolitik des Rathauses informiert. Das Internetportal der Stadt Trier bündelt alle relevanten Informationen zur Integrationspolitik und stellt entsprechende Aktivitäten des Rathauses dar. ➔ Es wird der Austausch mit anderen Städ-

	ten mit vergleichbaren Ansätzen gepflegt, z.B. im Städtenetz QuattroPole und mit anderen Partnerstädten.
5. Kommunale Angebote werden von Menschen mit Migrationshintergrund verstärkt wahrgenommen.	<ul style="list-style-type: none"> ➔ Durch Aufklärung, Beratung und Informationsveranstaltungen soll Frauen und Männern mit Migrationshintergrund der Umgang mit der Verwaltung erleichtert werden. ➔ Die Verwaltung soll prüfen, welche Dokumente und Formulare sowie entsprechende Wegweiser in den einschlägigen Migrantsprachen angeboten werden können. ➔ EU-Fördermitteln und Mittel der Agentur für Arbeit sollen für einen „Dolmetscherpool“ oder „Sprachlotsen“ im Rathaus genutzt werden. ➔ Kommunale Angebote werden auf ihre Attraktivität für Migrantinnen und Migranten hin überprüft.
6. Interkulturelle Öffnung findet auch in den städtischen Beteiligungen sowie in den beauftragten Institutionen (z.B. Träger der Jugendhilfe) statt.	<ul style="list-style-type: none"> ➔ Im Kontraktmanagement sollen freie Träger möglichst auf interkulturelle Öffnung verpflichtet werden. ➔ In den Zielvereinbarungen zwischen Stadt und städtischen Beteiligungen werden nach Möglichkeit Zielvorgaben zur interkulturellen Öffnung verankert.
7. Migrantinnen und Migranten kennen die Rahmenbedingungen für eine Einbürgerung.	➔ Das Rathaus wird jede Möglichkeit nutzen, um die Information Migrantinnen und Migranten zu kommen zu lassen.
8. Jugendliche mit Migrationshintergrund beteiligen sich aktiv am Stadtleben, z.B. in der Jugendvertretung.	

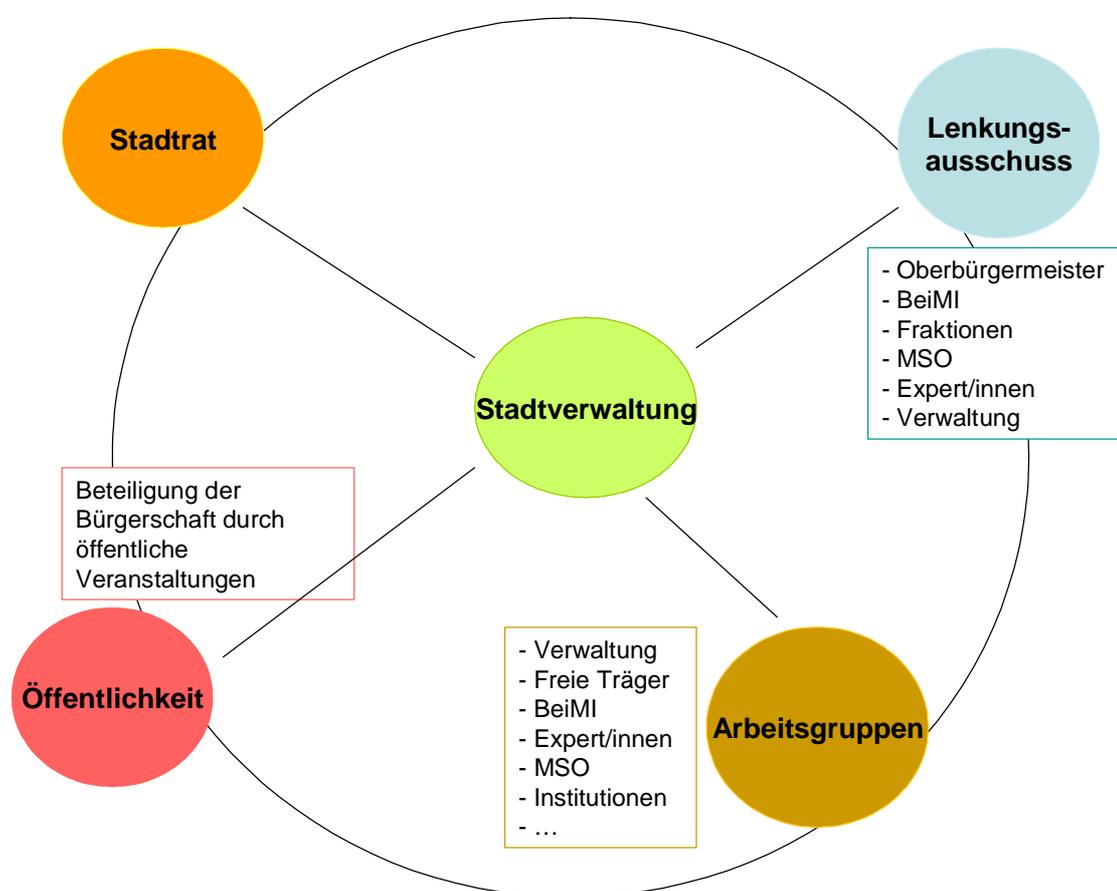
4 ORGANISATIONS- UND STEUERUNGSPROZESS

Bei der Umsetzung des Integrationskonzeptes ist es von besonderer Bedeutung, wie dieser Prozess gesteuert wird, wie die Vielzahl der Handelnden einbezogen und deren Zusammenarbeit koordiniert wird und wie die Erfolge der Maßnahmen gemessen werden.

Um die im Integrationskonzept beschriebenen Ziele und Maßnahmen in die Praxis umsetzen zu können, werden geeignete Strukturen mit festgelegten Zuständigkeiten ge-

schaffen. Dabei sollen bestimmte Gremien und Akteure einbezogen und eine Aufgabenteilung vorgenommen werden, um eine effektive Steuerung, eine bedarfsadäquate Planung und eine breite Beteiligung zu sichern.

Die folgende Abbildung zeigt die Organisations- und Prozessstruktur der Stadt Trier zur Umsetzung und Fortentwicklung des Integrationskonzeptes:



Um alle Aktivitäten erfolgsorientiert und ressourcenschonend an den Zielen auszurichten, braucht es eine zentrale Steuerung. Steuerung bedeutet Jahresziele zu formulieren, mit Indikatoren zu versehen, die im

Rahmen eines Monitoring beobachtet werden und mittels Controlling und Berichtswesen steuerungsrelevante Informationen aufzuarbeiten.

Die Rolle und Funktion der einzelnen dargestellten Gremien und Akteure sind dabei folgende:

Stadtrat: Durch die Verabschiedung des Integrationskonzeptes bestimmt er die Grundlagen der kommunalen Integrationspolitik. Der Stadtrat legt Ziele der Integrationspolitik fest und verabschiedet Maßnahmen. Als politische Entscheidungsinstanz kontrolliert er die Umsetzung der Integrationsziele der Stadt.

Lenkungsausschuss: Er definiert Handlungsfelder und gibt Prioritäten vor. Er wird geleitet durch den Oberbürgermeister und setzt sich hauptsächlich aus Vertreter/innen der Verwaltung und der Politik (Stadtrat) zusammen sowie aus dem Beirat für Migration und Integration und die Vertreterin und den Vertreter der Arbeitsgruppen. Der Lenkungsausschuss ist für die Überwachung und die strategische Steuerung des gesamten Umsetzungsprozesses des Integrationskonzeptes und seine Fortentwicklung zuständig.

Arbeitsgruppen: Die Arbeitsgruppen bearbeiten die vorher festgelegten Handlungsfelder. Die Mitglieder entwickeln Ziele und dazugehörige Strategien (Maßnahmen) und bestimmen die nötigen Indikatoren zu ihrer Erreichung. Es werden Empfehlungen zur Umsetzung der Maßnahmen formuliert. Diese Empfehlungen werden dem Stadtrat und dem Lenkungsausschuss vorgelegt. Die Arbeitsgruppen bestehen aus den zuständigen Fachämtern, freien Trägern, Expert/innen, dem Beirat für Migration und Integration, Migrantenorganisationen und sonstigen Institutionen. Sie werden geleitet durch einen Vertreter der Stadtverwaltung und einem aus dem Kreis der AG-Mitglieder zu bestimmende Person.

Öffentlichkeit: In regelmäßigen Abständen werden öffentliche Veranstaltungen zur Beteiligung der Bürgerschaft durchgeführt. Hier werden die Fortschritte der Umsetzung des Integrationskonzeptes vorgestellt und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger aufgenommen.

Gesamtkoordination: Wegen der gesamtstädtischen Bedeutung des Integrationspro-

zesses wird die Koordination beim Oberbürgermeister liegen. In Fortführung des bisher bewährten Zusammenwirkens zwischen Oberbürgermeister, Lenkungsausschuss, Arbeitsgruppen, Rat und Verwaltung, Geschäftsstelle Integrationskonzept, Beirat für Migration und Integration etc. soll der Prozess im Zusammenwirken mit allen relevanten Akteuren, über den Oberbürgermeister gesteuert und koordiniert werden. Im weiteren Verlauf des Prozesses wird evaluiert, ob und gegebenenfalls welche Veränderungen in der Organisationsstruktur notwendig sind.

Allgemeine Anmerkungen:

1. Kostenfreie Frauensprachkurse mit Kinderbetreuung werden seit 1996 vom BeiMI in Zusammenarbeit mit der VHS und dem Caritasverband angeboten.
2. In Trier wird bereits seit 2001 muttersprachlicher (herkunftssprachlicher) Unterricht angeboten, mittlerweile in 10 Sprachen: Arabisch, Chinesisch, Griechisch, Koreanisch, Italienisch, Polnisch, Portugiesisch, Russisch, Spanisch und Türkisch.
3. Der Beirat für Migration und Integration hat Leitfäden in verschiedenen Sprachen zu verschiedenen Themen erarbeitet und veröffentlicht, u.a. zum Thema „Schule“ und „Verwaltung“.
4. Seit dem Beginn des Schuljahres 2011/2012 wurden auf Antrag des Beirates für Migration und Integration als Pilotprojekt in Rheinland-Pfalz „Intensivsprachkursklassen“ in Trier eingerichtet. Eine Klasse für die Primarstufe an der Matthias Grundschule und eine Klasse für die Sekundarstufe am Auguste Viktoria Gymnasium. Zusätzlich bietet der BeiMI seit 1995 kostenlose Kurse für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund an.
5. Besonders engagierte Einzelpersonen oder Institutionen sollten eine ideelle Anerkennung, z.B. in Form einer Ehrung für besonderes bürgerschaftliches Engagement, erhalten.
6. Fortbildung für die Interkulturelle Kompetenz für die Amtsleiter hat stattgefunden (3 Termine je zwei Tage: 21.+22. März; 04.+05. April; 18.+19. April. Alle Kurse voll belegt mit 18 TN), mit sehr gutem Ergebnis und sehr positiver Resonanz. Es ist geplant weitere Fortbildungen für Mitarbeiter der Stadtverwaltung anzubieten.
7. Innerhalb der Verwaltung haben bereits Englischkurse stattgefunden. Dabei wurde die Fachsprache vermittelt für die Abteilungen: Kfz-Zulassungsstelle, Bauamt und Bürgerbüro. Kurse dauerten mehrere Wochen mit je 2 Std./Woche. Weitere Kurse sind derzeit nicht in Planung.
8. Es gibt einen verbindlichen Rahmenplan des Landes für Schulen: Deutsch als Fremdsprache und ein Schulentwicklungskonzept für die Stadt Trier.
9. Die Polizei Trier hat bereits zwei Mal einen Tag der offenen Tür für Migrantinnen und Migranten veranstaltet. An diesen Tagen wurde über Ausbildungs- und Karrieremöglichkeiten bei der Polizei informiert.

EXWOST PROJEKT „BEWERTUNG UND UMSETZUNG DES ERSTEN INTEGRATIONSKONZEPTEDES DER STADT TRIER DURCH DEN STADTTEIL TRIER - EHRANG/QUINT“

Der Beirat für Migration und Integration war von Januar 2009 bis Dezember 2011 Träger des ExWoSt-Modellvorhabens „Bewertung und Umsetzung des ersten Integrationskonzeptes der Stadt Trier durch den Stadtteil Trier - Ehrang/Quint“.

"ExWoSt" - Experimenteller Wohnungs- und Städtebau - ist ein Forschungsprogramm des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS), welches vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) betreut wird. Das Forschungsfeld „Integration und Stadtteilpolitik“ ist ein Teil des Bundesforschungsprogramms „Integrationspolitik Hand in Hand: Gesamtstädtische Strategien und lokale Konzepte“.

Das Modellvorhaben war ein Begeleitprojekt zur Entstehung des Integrationskonzeptes. Ziel des Modellvorhabens „Bewertung und Umsetzung des ersten Integrationskonzeptes der Stadt Trier durch den Stadtteil Trier - Ehrang/Quint“ war es, den Entwurf des gesamtstädtischen kommunale Integrationskonzeptes auf die Bedarfe und Potenziale des Stadtteils Ehrang/Quint zu beziehen und in der Diskussion mit Bewohnerschaft und Akteuren zu operationalisieren sowie exemplarisch zu testen.

Auf der Stadtteilebene war es Ziel des Modellvorhabens, die Stadtteilbevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund aktiv zu beteiligen und für die Gestaltung des Integrationsprozesses vor Ort zu mobilisieren. Insgesamt sollte die Zusammenarbeit von städtischen Gremien und Stadtteilakteure intensiviert werden.

Für die gesamtstädtische Ebene wurden über die stadtteilbezogene Integrationsstrategie die Wirkungen, Defizite und Potenziale des gesamtstädtischen Konzeptentwurfes erfasst und die Praktikabilität des Gesamtkonzeptes überprüft. Der Lenkungsausschuss zum gesamtstädtischen Integrationskonzept und die Verwaltung erhielten Informationen und Daten über die Ergebnisse des Projektes.

Projektbausteine:

Datensammlung: Januar 2010 – April 2011

Das Modellvorhaben baute den Prozess zur Entwicklung eines stadtteilbezogenen Integrationsansatzes auf einer umfassenden Datenerhebung auf.

Treffen der Projektbeteiligten: November 2009 – November 2011

Parallel installierte das ExWoSt-Projektteam (Mitglieder des Beirates für Migration, Projektmitarbeiterin und die Mitarbeiterin der Geschäftsstelle des Beirates für Migration und Integration) die Gruppe der Projektbeteiligten.

In diesem Gremium trafen sich Stadtteilakteure aus Ehrang/Quint, um das gesamtstädtische Integrationskonzept systematisch vor dem Hintergrund der Bedarfe des Stadtteils zu beleuchten.

Ergebnis dieser Arbeitsphase war eine Gegenüberstellung von gesamtstädtischem Integrationskonzept und stadtteilbezogenem Bedarf. Darin wurden die für den Stadtteil maßgeblichen Ziele und Handlungsansätze zur Integration formuliert und Hinweise zur Modifizierung des gesamtstädtischen Konzeptes gegeben.

Umsetzung von Aktionen: seit Dezember 2010

Aus der Gruppe der Projektbeteiligten entstand ein Aktionsteam, das eigenständig eine Reihe von Aktionen im Stadtteil umsetzte. Die Aktionen wurden zuvor gemeinsam mit dem ExWoSt-Projektteam und Projektbeteiligten entwickelt und ausgewählt. Parallel hat der Beirat für Migration und Integration seit Dezember 2010 eigene Aktionen durchgeführt, u.a. *Kalender der Religionen, Stadtteilbroschüre*.

Bewohnerversammlung: März 2011

Begleitend zu den o. g. Schritten begannen Maßnahmen zur Mobilisierung der EinwohnerInnen mit Migrationshintergrund im Stadtteil.

Höhepunkt war die Bewohnerversammlung im März 2011.

Reflexion und Evaluation

Am Ende des Modellvorhabens stehen die Reflektion der Erfahrungen und die Evaluation der Ergebnisse. Damit soll eine Datengrundlage entstehen, mit der indikatorengestütztes Controlling ermöglicht wird. (Weitere Informationen: Endbericht des Projektes)

Abkürzungsverzeichnis:

BAMF –

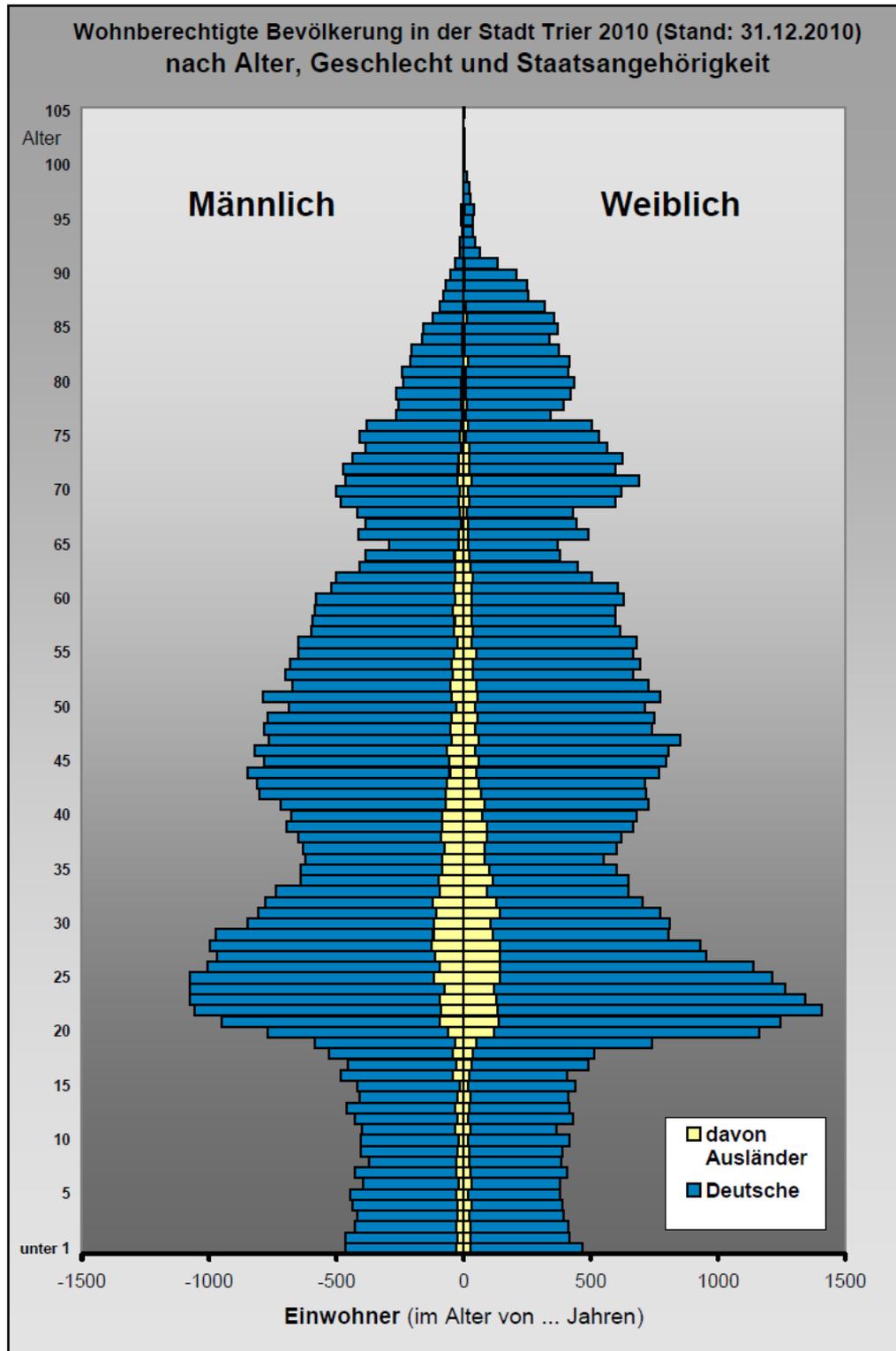
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

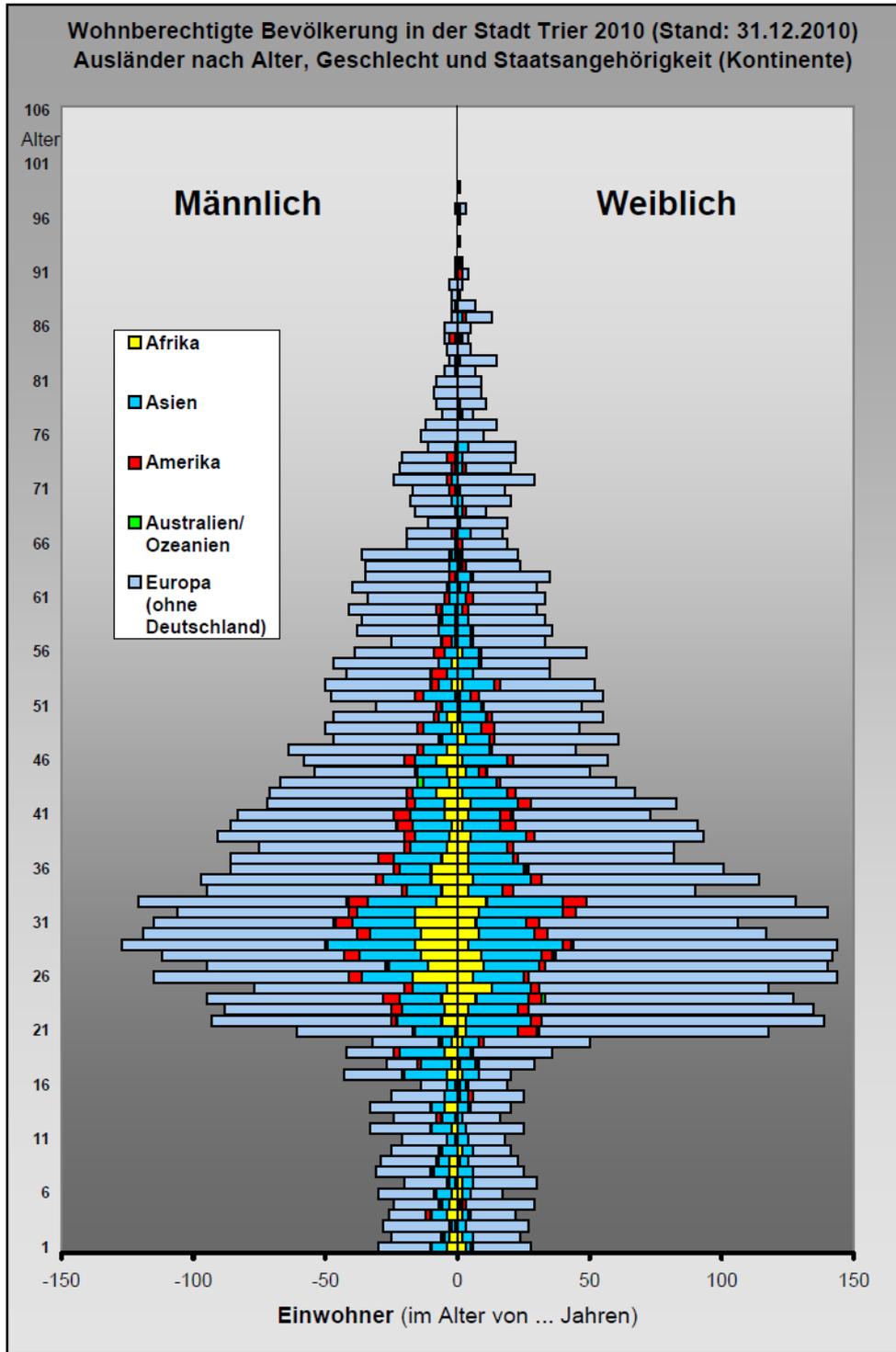
BeiMI –

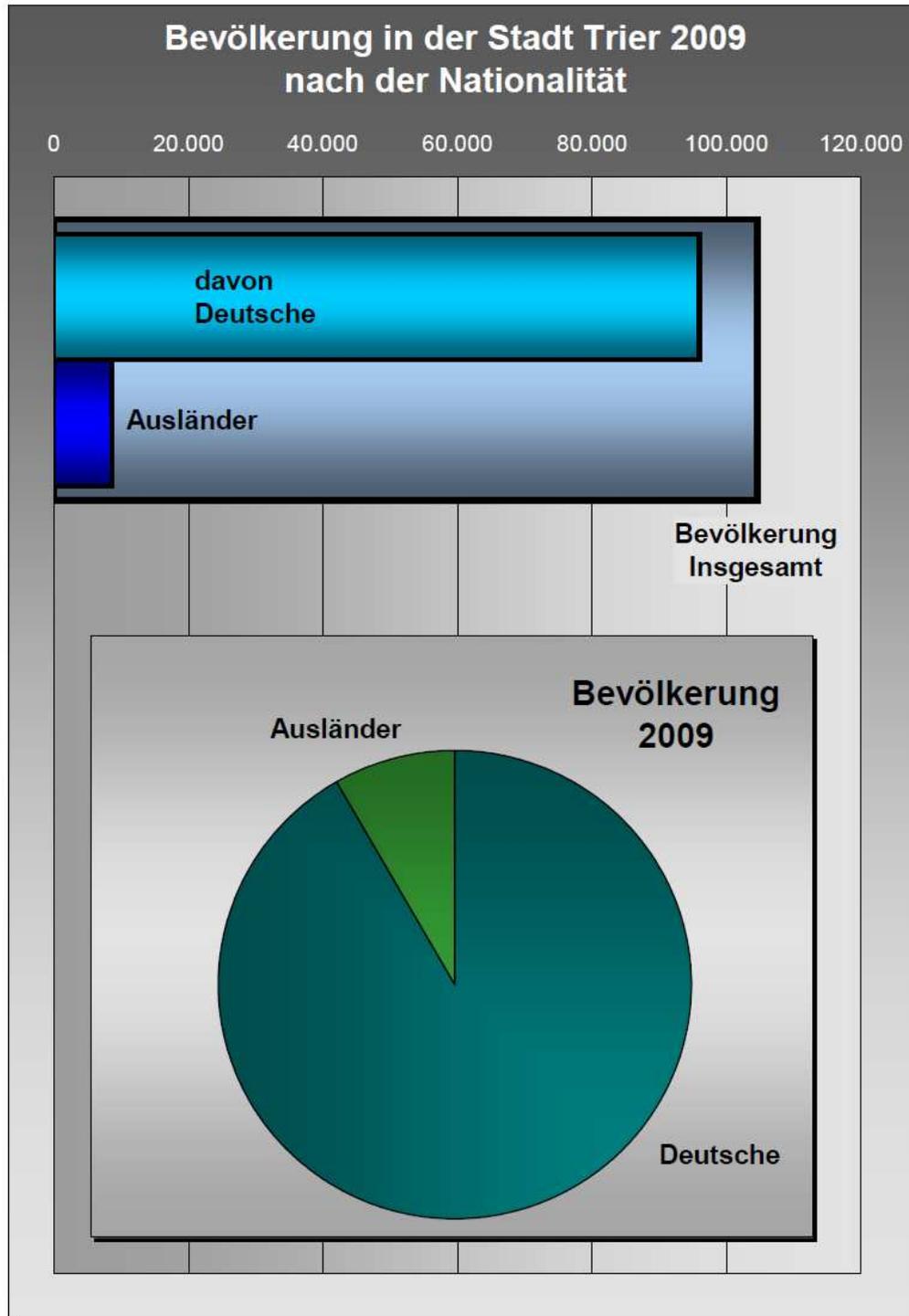
Beirat für Migration und Integration

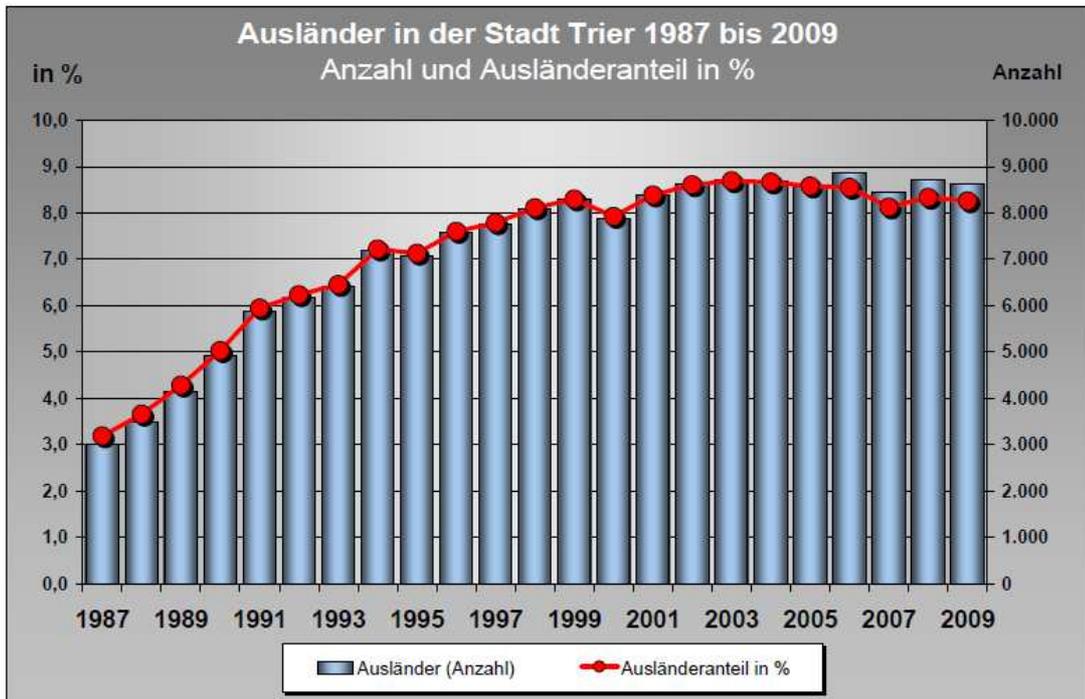
MSO -

Migrantenselbstorganisationen



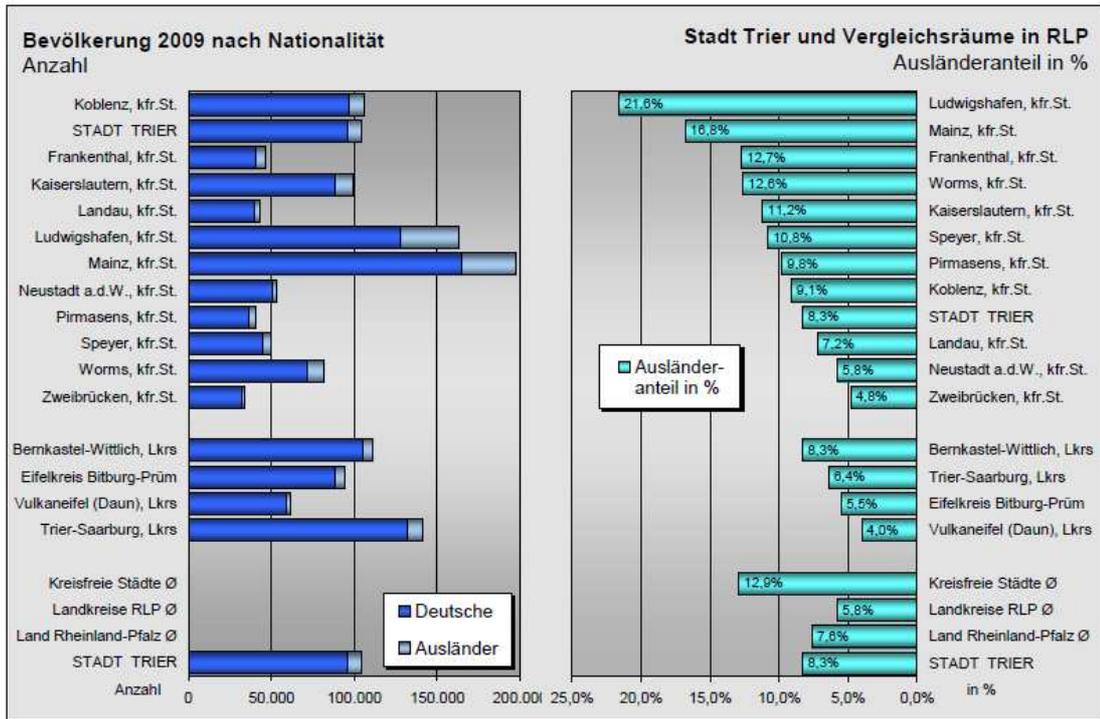






Stadt Trier / Amt für Stadtentwicklung und Statistik

E140611.BEV.NG.A20_Ausländer_Tabelle.xls (Zeitreihe 2)



Stadt Trier / Amt für Stadtentwicklung und Statistik (08.09.2011)

E140811_85V_No.Abb_Ausländer_Vergleichsräume.xls (AbbD)